

Lutherstadt Wittenberg

Absender: Fraktion DIE LINKE	Antrag A-006/2022	Datum: 21.09.2022
Beratungsfolge: Stadtrat	Termin: 26.10.2022	Status: öffentlich
Betrifft: Antrag der Fraktion DIE LINKE - Sozialen Härten im Energie- und Heizkostenbereich aktiv entgegenzutreten und diese abfedern		Eingang Sitzungsbüro: 21.09.2022
Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt: <ol style="list-style-type: none">1. Die Stadt Lutherstadt Wittenberg richtet einen Härtefall-Fonds in Höhe von 50.000 EUR ein, um Wittenberger Bürgerinnen und Bürger nach Prüfung von deren jeweiliger finanzieller Leistungsfähigkeit bei der Bewältigung der zu erwartenden Energie- und Heizkostenexplosion zu unterstützen.2. Unsere kommunalen Unternehmen Stadtwerke und WIWOG mbH werden aufgefordert, Kundinnen und Kunden Mieterinnen und Mieter nicht zu kündigen, die begründet durch gestiegenen Energie-, Heiz-, und Lebenshaltungskosten bzw. damit verbundene Umlagen in Mietzahlungsschwierigkeiten geraten sind.3. Der Stadtrat fordert den Landkreis Wittenberg auf, bei Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern nach dem SGB II und IX die vollen Energie- und Heizungskosten zu übernehmen, die durch die gestiegenen Energie- und Heizungskosten sowie damit verbundene Umlagen entstanden sind. Er bittet alle Stadträte, die auch Mitglieder des Kreistages sind, dies dem Kreistag Wittenberg zu übermitteln.4. Der Stadtrat fordert den Landtag Sachsen-Anhalt auf, ebenfalls einen Härtefall-Fonds für Betroffene der zu erwartenden Energie- und Heizkostenexplosion einzurichten und damit dem Beispiel anderer Bundesländer, wie z.B. Berlin und Thüringen zu folgen. Die Ratsfraktionen werden gebeten, dies ihren Abgeordneten bzw. Fraktionen im Landtag zu übermitteln.		
Begründung: Seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben sich die Energiepreise, zum Teil durch Gewinnmitnahmen einiger auf diesem Sektor tätiger Unternehmen, vervielfacht. Ein Ende dieser Entwicklung ist mittelfristig nicht absehbar. Die Bundesregierung hat zwar Instrumente entwickelt, welche gegensteuern sollen, hat dabei aber vordergründig die Großindustrie im Blick. Die im Entlastungspaket III der Bundesregierung enthaltenen Vorschläge reichen nicht. Vorschläge wie die Heizung zu drosseln, weniger zu duschen oder mehr Waschlappen zu verwenden, empfinden wir als Hohn. Gerade in Haushalten mit prekären Einkommensverhältnissen ist davon auszugehen, dass ohnehin sparsam mit den Gütern Energie und Wärme umgegangen wird. Deswegen halten wir es für notwendig, den Versuch zu unternehmen, als Stadt unsere Bürgerinnen und Bürger aktiv zu unterstützen.		
gez. Horst Dübner Fraktionsvorsitzender Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Wittenberg		